



## **Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln**

Herrn Oberbürgermeister

Manfred Rouhs

Fritz Schramma

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

### **Antrag gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	30.08.2007

### **Heimlicher Bau einer Moschee in Chorweiler**

Der Rat der Stadt Köln nimmt mit Befremden zur Kenntnis, daß die türkisch-islamische Union DITIB in Feldkassel eine Moschee errichten konnte, ohne daß irgendein kommunalpolitisches Gremium darüber informiert worden wäre. Der Rat beauftragt die Verwaltung, ab sofort unverzüglich bei Bekanntwerden eines Moscheebau-Projektes in Köln alle mit dem Bauvorhaben zusammenhängenden Informationen dem Rat, dem Stadtentwicklungsausschuß und der betroffenen Bezirksvertretung offen zu legen.

#### **Begründung:**

Die türkisch-islamische Union DITIB hat in der Morsestraße 9a in Feldkassel heimlich eine Moschee errichtet – vorbei an allen kommunalpolitischen Institutionen. Weder der Stadtrat, noch irgendein Ausschuß wurde informiert, und auch in der Bezirksvertretung Chorweiler tauchte der Moscheebau nicht in der Tagesordnung auf. Öffentlich bekannt wurde der heimliche Moscheebau nur, weil Anhänger der DITIB bei Youtube Videoaufnahmen aus dem Inneren des Gebäudes veröffentlicht haben. Gezeigt werden ein Gebetsraum und dessen Frauenempore. Kurzzeitig wurden die Video-Clips auch über das Forum der Internetseite des radikal-islamischen „Muslim Markt“ verlinkt.

Im Rahmen von Moscheebauten müssen grundsätzlich Transparenz und Offenheit gewährleistet werden. Die Wohnbevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund sollte in diese Entwicklungsprozesse mit einbezogen werden.

Die kommunalpolitischen Gremien sind aufgefordert, im Falle von Moscheebauten in Köln eine Stellungnahme abzugeben. Diese hat neben dem baurechtlichen Aspekt auch eine erhebliche politische Dimension. Um eine sachlich fundierte Entscheidung treffen können, benötigen die Mitglieder der kommunalpolitischen Gremien alle vorhandenen Informationen, über die die Stadtverwaltung aktuell verfügt, bzw. auf welche diese institutionell Zugriff

nehmen kann. Dies gilt um so mehr, als daß manche Trägervereine von Kölner Moscheen bislang ihre Distanz zu Vereinigungen, deren Treue zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung in Zweifel steht, nicht glaubhaft nachweisen konnten.

Es ist zu erwarten, daß es auch in Zukunft weitere Anfragen und Wünsche auf Erweiterung und Neubau von Moscheen in Köln geben wird. Hier gilt es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen sachgerechten Umgang mit dem jeweiligen Bauvorhaben ermöglichen. Um diese Rahmenbedingungen schaffen zu können, müssen sich die kommunalpolitischen Gremien in jedem Einzelfall auf belastbare Informationen zu den Trägervereinen möglicher Moscheebauten stützen können.

gez. Rouhs